Niederschrift zur 36. öffentlichen Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses

Sitzungstermin: Donnerstag, 23.10.2025
Sitzungsdauer: 19:30 Uhr - 21:32 Uhr
Raum, Ort: Mehrzweckraum der Halle Urberach, Am Schellbusch 1

Anwesenheitsliste

Anwesend

Name	Funktion	Bemerkung
Jörg Rotter	Bürgermeister	
Andrea Schülner	Erste Stadträtin	
Hans Gensert	Magistrat in Stavo	
Anna-Monika Gierszewski	Magistrat in Stavo	
Werner Popp	Magistrat in Stavo	
Manfred Rädlein	Magistrat in Stavo	
Mona Reusch	Magistrat in Stavo	
Herbert Schneider	Magistrat in Stavo	
Michael Uhe-Wilhelm	Magistrat in Stavo	
Jan Grünberg	Ausschussvorsitz	
Björn Beicken	Gremiumsmitglied	
Jenny Bender	Gremiumsmitglied	
Florian Brehm	Gremiumsmitglied	Vertretung für: Isabelle Brühne
Patricia Diallo	Gremiumsmitglied	
Stefan Gerl	Gremiumsmitglied	
Tobias Kruger	Gremiumsmitglied	
Christiane Lotz	Gremiumsmitglied	
Jana Tüncher	Gremiumsmitglied	
Michael Gensert	Gremiumsmitglied	Vertretung für: Adrienne Wehner
Sven Sulzmann	Stavo-Vorsitz in Gremien	
Brigitte Beldermann	stellv. Stavo-Vorsteher/in	
Anke Rüger	stellv. Stavo-Vorsteher/in	
Peter Schröder	stellv. Stavo-Vorsteher/in	
Michael Spieß	stellv. Stavo-Vorsteher/in	
Dr. Rüdiger Werner	stellv. Stavo-Vorsteher/in	
Yeliz Basar	Vertretung ABR	Vertretung für: Kamber Gök
Arne Breustedt	Schriftführung	

Abwesend

Name	Funktion	Bemerkung
Elke Heidelbach	Magistrat in Stavo	entschuldigt
Karin von der Lühe	Magistrat in Stavo	entschuldigt
Isabelle Brühne	Gremiumsmitglied	entschuldigt
Nina Daum	Gremiumsmitglied	entschuldigt
Adrienne Wehner	Gremiumsmitglied	entschuldigt
Kamber Gök	Vertretung ABR	entschuldigt
Anita Poschmann	Vertretung SBR	entschuldigt
Till Andrießen	Mitarbeiter/in der Verwaltung	entschuldigt
Silvia Hechler	Schriftführung	entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

TOP	Betreff	Vorlage
1	Eröffnung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Tagesordnung	
2	249. Vergleichende Prüfung "IT-Sicherheit III" nach dem ÜPKKG hier: Vorlage des Schlussberichts und Umsetzung	**DS/286/25**
3	Jahresabschluss 2024	**DS/280/25**
4	Satzung zur Auflösung des Eigenbetriebs „Kommunale Betriebe Rödermark“ der Stadt Rödermark und zur Aufhebung der Betriebssatzung für den Eigenbetrieb „Kommunale Betriebe Rödermark“ der Stadt Rödermark hier: Satzungsbeschluss zur Rückführung des Eigenbetriebs	**DS/302/25**
5	Vorhabenbezogener Bebauungsplan/ Vorhaben- und Erschließungsplan „Sondergebiet Kapellenstraße“; Antrag des Vorhabenträgers	**DS/300/25**
6	Bauvorhaben zur Sanierung der Rodaustraße in Rödermark/Urberach -Fortführung der Planung-	**DS/246/25**
6.1	Änderungsantrag der FDP-Fraktion: Bauvorhaben zur Sanierung der Rodaustraße in Rödermark/Urberach – Fortführung der Planung –	**DS/283/25**
6.2 (Nachtrag)	Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion AL/Die Grünen: Bauvorhaben zur Sanierung der Rodaustraße in Rödermark/Urberach -Fortführung der Planung-	**DS/334/25**
7	Antrag der FDP-Fraktion: Neufassung: Planungen zur Verschönerung des Parks an der Rilkestraße - Zukünftig mehr Kostenkontrolle!	**DS/185/25**
8	Antrag der Fraktionen CDU und AL/Die Grünen: Zuschuss Musikschule	**DS/299/25**
9	Differenzen der Einwohnerzahl zwischen. Zensus und amtlicher Erfassung	**DS/316/25**
10	Antrag der FDP-Fraktion: Änderung der Satzung zur Erhebung der Spielapparatesteuer in der Stadt Rödermark	**DS/318/25**
11	Antrag der FDP-Fraktion: Regelmäßiger Bericht zur Haushaltskonsolidierung und zum Controlling	**DS/319/25**
12	Antrag der FDP-Fraktion: Notbremse bei der Kreisumlage	**DS/320/25**

TOP	Betreff	Vorlage
13	Antrag der SPD-Fraktion: Gutachten, Untersuchungen, Konzepte im Bezug auf den Haushalt der Stadt Rödermark (Berichtsantrag)	**DS/317/25**
14	Antrag der FDP-Fraktion: Städtischer „Raumpool“ und digitale Reservierungsplattform für städtische Räume (Berichtsantrag)	**DS/321/25**
15 (Nachtrag)	Bericht zum 3. Quartal 2025	**DS/325/25**
16	Einschlägige Punkte zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung	
17	Mitteilungen und Anfragen	

Niederschrift

Öffentlicher Teil

Zu 1. Eröffnung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Der Vorsitzende, Herr Grünberg, eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest. Gegen die Tagesordnung ergeben sich keine Einwände.

Gegen die Niederschrift der letzten Sitzung am 30.09.25 wurden keine Einwände vorgetragen. Die Niederschrift gilt somit als genehmigt.

Zu 2. 249. Vergleichende Prüfung "IT-Sicherheit III" nach dem ÜPKKG
hier: Vorlage des Schlussberichts und Umsetzung
DS/286/25

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

Zu 3. Jahresabschluss 2024
DS/280/25

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung einstimmig, der Vorlage zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt den mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk der Revision des Kreises Offenbach vom 26. August 2025 versehenen Jahresabschluss 2024 gemäß § 114 HGO fest und entlastet somit den Magistrat für die Führung der Geschäfte.

Abstimmung
Zustimmung: CDU, AL, FDP, FWR
Ablehnung: ./.
Enthaltung: SPD

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

Zu 4. Satzung zur Auflösung des Eigenbetriebs „Kommunale Betriebe Rödermark“ der Stadt Rödermark und zur Aufhebung der Betriebssatzung für den Eigenbetrieb „Kommunale Betriebe Rödermark“ der Stadt Rödermark
hier: Satzungsbeschluss zur Rückführung des Eigenbetriebs
DS/302/25

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung einstimmig, der Vorlage zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die als Anlage zu dieser Drucksache beigefügte „Satzung zur Auflösung des Eigenbetriebs „Kommunale Betriebe Rödermark“ der Stadt Rödermark und zur Aufhebung der Betriebssatzung für den Eigenbetrieb „Kommunale Betriebe Rödermark“ der Stadt Rödermark“.

Abstimmung
Zustimmung: CDU, AL, SPD, FDP, FWR
Ablehnung: ./.
Enthaltung: ./.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

Zu 5. Vorhabenbezogener Bebauungsplan/ Vorhaben- und Erschließungsplan „Sondergebiet Kapellenstraße“; Antrag des Vorhabenträgers
DS/300/25

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung einstimmig, der Vorlage zuzustimmen.

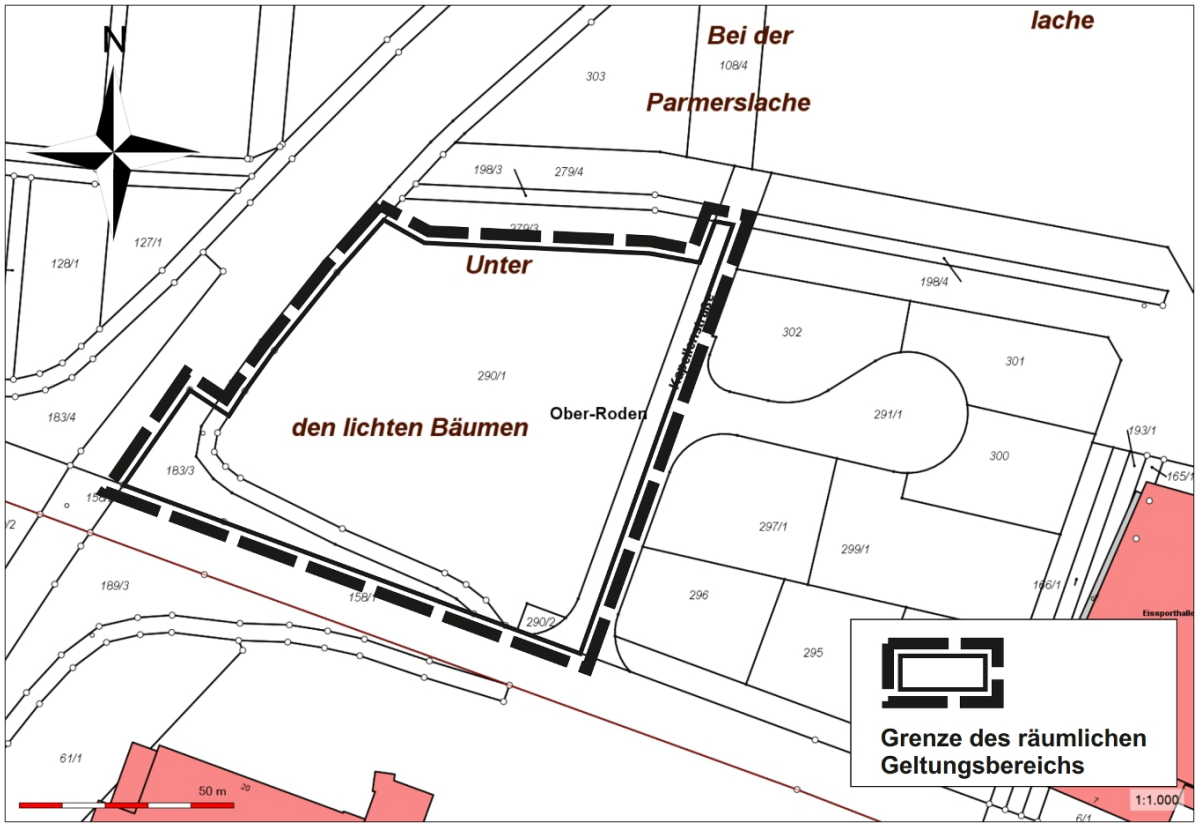
Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch auf Antrag des Vorhabenträgers – REWE Markt GmbH/ Rosbach – das Verfahren zur Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans/ Vorhaben- und Erschließungsplans gemäß § 12 Baugesetzbuch einzuleiten.

Durch den Bebauungsplan, mit einem räumlichen Geltungsbereich von ca. 0,8 ha, sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Entwicklung eines „sonstigen Sondergebiets“ mit der Zweckbestimmung „großflächiger Einzelhandel“ gemäß § 11 Baunutzungsverordnung geschaffen werden.

Der Bebauungsplan erhält die Bezeichnung A32.1 „Sondergebiet Kapellenstraße“.

Der Bebauungsplan A32.1 „Sondergebiet Kapellenstraße“ ersetzt innerhalb seines räumlichen Geltungsbereichs den Bebauungsplan A32 „Gewerbegebiet Kapellenstraße“ mit allen seinen Festsetzungen.

Der räumliche Geltungsbereich umfasst die Flurstücke Gemarkung Ober-Roden, Flur 7, Flurstücke 183/3, 250/3 (tw.), 290/1, 290/2, 291/1 (tw.). Die genaue Abgrenzung kann der nachstehenden Abbildung entnommen werden.



Sollten sich im Zuge der nachfolgenden Planung Abweichungen von dem vorstehend genannten räumlichen Geltungsbereich als sinnvoll erweisen, so wird der Magistrat ermächtigt, der Stadtverordnetenversammlung einen geänderten räumlichen Geltungsbereich im Rahmen der Beschlussfassung über die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch vorzulegen.

Der Aufstellungsbeschluss ist ortsüblich bekanntzumachen. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch sowie die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 Baugesetzbuch ist durchzuführen.

Abstimmung
Zustimmung: CDU, AL, SPD, FDP, FWR
Ablehnung: ./.
Enthaltung: ./.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

Zu 6. Bauvorhaben zur Sanierung der Rodaustraße in Rödermark/Urberach -Fortführung der Planung-
DS/246/25

Der Punkt 6.2 wird zusätzlich auf die Tagesordnung genommen.

Es erfolgt keine Beschlussempfehlung.

Alternative 1:
Die Planungen zur grundhaften Erneuerung und Umgestaltung der Rodaustraße in Urberach werden auf unbestimmte Zeit verschoben, bis notwendige Haushaltsmittel in Höhe von ca. 7,2 Mio. € zur Verfügung gestellt können. Bis dahin sollen haftungsrechtlich notwendige

Reparaturarbeiten des Straßenoberbaus in Kleinflächen durchgeführt werden.

Alternative 2:
Die weiteren Planungen und Baumaßnahmen zur grundhaften Erneuerung und Umgestaltung der Rodaustraße in Urberach werden auf die Schaffung eines beidseitigen separierten Radfahrstreifens in der Rodaustraße, die Umbauarbeiten auf dem Parkplatz am Mühlengrund und die grundhafte Straßenerneuerung von etwa 100 m ab der Ampelanlage Messenhäuser Straße beschränkt. Hierfür fallen Kosten von insgesamt etwa 866.000,- € an. Die grundhafte Erneuerung der restlichen Rodaustraße wird verschoben, bis notwendige Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt werden können. Haftungsrechtlich notwendige Reparaturarbeiten des Straßenoberbaus sollen im Übrigen in Kleinflächen durchgeführt warden.

Zu 6.1. Änderungsantrag der FDP-Fraktion: Bauvorhaben zur Sanierung der Rodaustraße in Rödermark/Urberach

– Fortführung der Planung –

DS/283/25

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich, die Vorlage abzulehnen.

Die weiteren Planungen und Baumaßnahmen zur grundhaften Erneuerung und Umgestaltung der Rodaustraße in Urberach werden auf die Schaffung eines beidseitigen, rein markierten, separierten Radfahrstreifens in der Rodaustraße ausschließlich im Abschnitt zwischen Ober-Rodener Straße und Mühlengrund sowie die grundhafte Straßenerneuerung von etwa 100 m ab der Ampelanlage Ober-Rodener Straße in Richtung Mühlengrund beschränkt.

Die grundhafte Erneuerung der restlichen Rodaustraße wird verschoben, bis eine sichtbare Notwenigkeit gegeben ist und die notwendigen Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt werden können. Haftungsrechtlich notwendige Reparaturarbeiten des Straßenoberbaus sollen im Übrigen in Kleinflächen durchgeführt werden.

Von einer Weiterführung eines durchgehenden, beidseitigen Radfahrstreifens ab Mühlengrund bis zur Konrad-Adenauer-Straße wird abgesehen.

Abstimmung
Zustimmung: SPD, FDP, FWR
Ablehnung: CDU, AL
Enthaltung: ./.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich abgelehnt

Zu 6.2. Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion AL/Die Grünen:
Bauvorhaben zur Sanierung der Rodaustraße in Rödermark/Urberach
-Fortführung der Planung-

DS/334/25

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich, der Vorlage zuzustimmen.

Die Planungen zur grundhaften Erneuerung und Umgestaltung der Rodaustraße werden auf unbestimmte Zeit verschoben. Das Projekt wird eingestellt. Auch eine reduzierte Fortführung des Projektes findet vorerst nicht statt.

Abstimmung
Zustimmung: CDU, AL
Ablehnung: SPD, FDP, FWR
Enthaltung: ./.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich zugestimmt

Zu 7. Antrag der FDP-Fraktion:

Neufassung: Planungen zur Verschönerung des Parks an der Rilkestraße - Zukünftig mehr Kostenkontrolle!
DS/185/25

Der Antrag wird auf die nächste Sitzungsrunde geschoben.

Zu 8. Antrag der Fraktionen CDU und AL/Die Grünen: Zuschuss Musikschule
DS/299/25

Herr Grünberg übergibt um 19:43 Uhr, wegen Wiederstreit der Interessen nach § 25 HGO, die Sitzungsleitung an Frau Beldermann.

Herr Gerl beantragt, dass die Vertreter der Musikschule Rederecht bekommen. Dem Antrag wird Einstimmig zugestimmt.

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung einstimmig, dem Antrag zuzustimmen.

Für die Musikschule werden im Haushalt 2026 Mittel in einem Umfang etatisiert, der den Vorgaben für 2025 entspricht.

Für einen Teil dieser Ausgaben wird ein Sperrvermerk vorgesehen, der vom Haupt- und Finanzausschuss aufgehoben werden kann.

Die Aufhebung des Sperrvermerks durch den Haupt- und Finanzausschuss wird davon abhängig gemacht, dass die Musikschule ein Sanierungskonzept vorlegt.

Hierbei soll aufgezeigt werden, wie der Zuschussbedarf deutlich verringert werden kann.

In den Blick zu nehmen sind insbesondere bei diesem Konzept eine engere Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden und den dortigen Musikschulen.

In den Blick zu nehmen sind auch die Geschäftsführungskosten.

Abstimmung
Zustimmung: CDU, AL
Ablehnung: ./.
Enthaltung: SPD, FDP, FWR

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

Zu 9. Differenzen der Einwohnerzahl zwischen. Zensus und amtlicher Erfassung
DS/316/25

Herr Grünberg übernimmt die Sitzungsleitung um 20:30 Uhr.

Es erfolgt keine Beschlussempfehlung.

Zu 10. Antrag der FDP-Fraktion: Änderung der Satzung zur Erhebung der Spielapparatesteuer in der Stadt Rödermark
DS/318/25

Der Antrag wird auf die nächste Sitzungsrunde geschoben.

Zu 11. Antrag der FDP-Fraktion: Regelmäßiger Bericht zur Haushaltskonsolidierung und zum Controlling
DS/319/25

Es erfolgt keine Beschlussempfehlung.

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rödermark möge beschließen:

Der Magistrat der Stadt Rödermark wird aufgefordert, analog zum langjährigen bewährten Verfahren im Kreistag des Kreises Offenbach, zu jeder turnusmäßigen Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss einen „Bericht des Magistrates zur Haushaltskonsolidierung und zum Controlling vorzulegen.

Dieser Bericht:

1. Soll den Mitgliedern des HFW-Ausschusses unaufgefordert jeweils mindestens einen Tag vor der turnusmäßigen HFW-Sitzung per E-Mail zugehen
2. Soll jeweils anschaulich folgende Übersichten/Dokumentationen enthalten:
   a. Aktueller Bericht zum Ergebnishaushalt inklusive Zahlungsmittelabfluss und Tilgungsleistungen
   b. Aktueller Bericht zu den Produktbereichen (Muster 12 GemHVO)
   c. Aktuelle Bewertung sowie mittelfristiger Ausblick zur Haushaltssituation

---

Zu 12. Antrag der FDP-Fraktion: Notbremse bei der Kreisumlage
DS/320/25

Es erfolgt keine Beschlussempfehlung.

Magistrat macht einen Vorschlag für einen interfraktionellen Antrag oder eine Resolution.

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rödermark möge beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung stellt objektiv fest, dass eine neuerliche Erhöhung der Kreis- und Schulumlage für das Jahr 2026 für die Stadt Rödermark nicht finanziell leistbar ist.
2. Der Magistrat der Stadt Rödermark wird beauftragt, beim Kreisausschuss des Kreises Offenbach unverzüglich im Sinne einer dringenden sowie existenziellen „Notbremse bei der Kreisumlage“ alle denkbaren und möglichen Konsolidierungs- und Einsparmaßnahmen einzufordern, um eine neuerliche Erhöhung der Kreisumlage für das Jahr 2026 abzuwenden.
3. Für diese „Notbremse bei der Kreisumlage“ sind aus Sicht der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rödermark seitens des Kreisausschusses des Kreises Offenbach alle potenziellen Sparanstrengungen und -möglichkeiten (zum Beispiel beim Personal sowie auch bei den kreiseigenen Gesellschaften) ohne Denkverbote in den Blick zu nehmen.

Zu 13. Antrag der SPD-Fraktion: Gutachten, Untersuchungen, Konzepte im Bezug auf den Haushalt der Stadt Rödermark (Berichtsantrag)
DS/317/25

Der Antrag wird auf die nächste Sitzungsrunde geschoben.

Zu 14. Antrag der FDP-Fraktion: Städtischer „Raumpool“ und digitale Reservierungsplattform für städtische Räume (Berichtsantrag)
DS/321/25

Der Antrag wird auf die nächste Sitzungsrunde geschoben.

Zu 15. Bericht zum 3. Quartal 2025
DS/325/25

Der Bericht zum 3. Quartal 2025 wird zur Kenntnis genommen.

Zu 16. Einschlägige Punkte zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

Es liegen keine einschlägigen Punkte zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vor.

Zu 17. Mitteilungen und Anfragen

a. Mitteilung:

Frau Erste Stadträtin Schülner teilt auf Frage von Herrn Dr. Werner mit, dass die Stadt vorbehaltlich eines entsprechenden Haushaltsbeschlusses in den nächsten Jahren ca. 1710 Leuchten austauschen lassen wird, dies entspricht 62,5%.

b. Anfragen: Keine.

Die Sitzung wird um 21:32 Uhr geschlossen.

Vorsitz:	**Schriftführung:**
Jan Grünberg	Arne Breustedt